

So naheliegend.

Anzeiger von Uster

Dienstag, 25. September 2018 | Nr. 222 | CHF 3.80 | www.zürlost.ch

VEREIN GRASSROOTED

Der Gemüseretter aus Rüti

Dominik Waser würde gerne die Welt verändern. Deshalb verkauft er überschüssiges Gemüse am Zürcher Hauptbahnhof. **SEITE 7**



KANTONSRA TSREISLI

Yvonne Bürgin besucht Sauber

Die höchste Zürcherin Yvonne Bürgin aus Rüti liess sich anlässlich der Kantonsratsreise von Hinwiler Boliden beeindrucken. **SEITE 5**

RADCROSS ILLNAU

Familiäre Atmosphäre und viele Zuschauer

Rund 1500 Besucher verfolgten das Radcross Illnau. In der Elite siegte David van der Poel. Lokalmatador Simon Zahner hatte Pech. **SEITE 27**

Redaktion 044 933 33 33
redaktion@zol.ch
Aboservice 044 933 32 05
abo@zol.ch
Inserate 044 933 32 04
inserate@zol.ch
AZ 8620 Wetzikon

ZRR
Zürcher Regionalzeitungen

Konkurs nach über 100 Jahren

USTER Bereits die Aufhebung des Euro-Mindestkurses hatte die Ustermer Charles Muller SA hart getroffen. Die bis zu 2500 Franken teuren Modelle der Hutfabrik konnten fortan nur noch schwer verkauft werden, denn rund 80 Prozent der Produkte wurden ins Ausland verkauft. Momentan sind gar keine Hüte der Ustermer Firma in den Regalen von Jelmoli, Globus und Grieder mehr zu finden – die Firma befindet sich rund 100 Jahre nach ihrer Gründung in Liquidation. Auf der Website des Unternehmens werden die Hüte und Accessoires allerdings immer noch angeboten. Und Inhaberin Minna Susanna Leisi will sich noch nicht ganz geschlagen geben. **zo SEITE 2**

Die Stadt Uster informiert nur noch digital

USTER Der überwiegende Teil der amtlichen Mitteilungen der Stadt Uster soll künftig nur noch im Internet und nicht mehr im «Anzeiger von Uster» publiziert werden. Dies hat das Parlament gestern nach einer engagierten Debatte entschieden.

Ein Selbstläufer war es nicht: Der Antrag des Ustermer Stadtrates, einen Grossteil der amtlichen Mitteilungen künftig nur noch im Internet auf www.uster.ch zu publizieren, sorgte an der gestrigen Gemeinderatssitzung für zahlreiche kritische Voten. So wurde unter anderem kaum ein gutes Haar am aktuellen Inter-

netauftritt der Stadt gelassen. «Lamentabel» sei dieser, meinte zum Beispiel der Grüne Gemeinderat Patricio Frei – und war mit dieser Ansicht nicht allein.

Auch äusserten einige Gemeinderäte die Befürchtung, dass durch eine Verlagerung der Publikationen der «Anzeiger von Uster», das aktuelle Publika-

tionsorgan, geschwächt werden könnte. Tatsächlich fallen diesem nun jährliche Einnahmen in der Höhe von rund 100'000 Franken weg.

Die städtische Website soll nach Eintreten der Rechtskraft des Gemeinderatsbeschlusses als amtliches Publikationsorgan festgesetzt werden. **bro SEITE 3**

Wieder ein Plus budgetiert

WETZIKON Zum dritten Mal in Folge budgetiert die Stadt Wetzikon ein Gewinn. Der Stadtrat geht von einem Plus von 4,4 Millionen Franken aus. Das sind 0,7 Millionen Franken weniger als erwartet. Vergleiche mit den Vorjahren liessen sich aber keine ziehen, so der Stadtrat. Dies, weil auch Wetzikon einer neuen Rechnungslegung nach Harmonisiertem Rechnungsmodell untersteht. Bei Finanzvorstand Heinrich Vettiger (SVP) herrscht nüchterne Freude. **zo SEITE 5**

50'000 Franken für Beratungen

PFÄFFIKON Vor der gestrigen Gemeindeversammlung stand der Antrag des Gemeinderats unter Beschuss. Abgeschossen wurde die Idee dann aber nicht. Der Plan, die Solar-Initiative durch Beratungsleistungen seitens des Bauamts und der Werke abzulösen, wurde aber scharf kritisiert. Sowohl die Rechnungsprüfungskommission als auch SP und FDP stellten den Nutzen solcher Beratungen in Frage. Die Befürworter argumentierten, dass Pfäffikon hierbei seine Vorbildrolle wahren müsse. Trotz stark divergierender Parteimeinungen stimmte die Versammlung mit 48 zu 24 Stimmen für die jährlich wiederkehrenden Ausgaben von 50'000 Franken. Wiederum Kritik lautete an den «tiefroten» Finanzen. Auch Gemeindepräsident Marco Hirzel (SVP) verwies darauf, dass man an der bevorstehenden Budget-Debatte demnächst um weitaus höhere Beträge ringen werde. **mbu SEITE 11**

Wenn Fassaden zu Kraftwerken werden



Foto: Christian Merz

Vielversprechende Erfindungen: Die neue Unit «SolAce» im Innovationshaus Nest gewinnt dank an der Fassade installierten Solarzellen und Kollektoren Energie. Drinnen sorgt ein energieeffizientes Licht-System für eine gesunde Arbeitsatmosphäre. **SEITE 2**

Schweige-Vereinbarung gibt zu reden

USTER Zu Beginn der aktuellen Legislatur mussten sämtliche Mitglieder der Ustermer Primar- und Sekundarschulpflege eine Erklärung unterzeichnen, dass sie sich ans Amtsgeheimnis halten. Das in Usters Behördenlandschaft unübliche Vorgehen sorgte für Kritik: FDP-Gemeinderat Richard Sägesser zum Beispiel

spricht von einem «Flurschaden» gleich zu Beginn der neuen Amtszeit, der durch die «Schweige-klausel» angerichtet worden sei. Primarschulpräsidentin Patricia Bernet (SP), die von ihren Stadtratskollegen selbst wegen Amtsgeheimnisverletzung angezeigt wurde, verteidigt derweil das Vorgehen. **bro SEITE 3**

Atempause für die Prämienzahler

BERN Die Prämien für die Grundversicherung werden 2019 weniger erhöht als in den letzten Jahren. Die mittlere Prämie über alle Altersgruppen hinweg steigt um 1,2 Prozent. Junge Erwachsene können gar mit einer deutlichen Prämienenkung rechnen. Im Schnitt sparen die 18- bis 25-Jährigen monatlich

50 Franken. Die über 25-Jährigen müssen hingegen einen durchschnittlichen Anstieg von 2,4 Prozent hinnehmen, was aber unter dem langjährigen Mittel liegt. Gesundheitsminister Alain Berset sieht die moderate Prämienrunde als Zeichen für ein steigendes Kostenbewusstsein aller Akteure. **zo SEITE 20**

ANZEIGE

1. Sek A
1. Sek B
in kleinen Klassen

Jetzt anmelden:
044 933 90 90
www.iww.ch

IWW AG
8620 Wetzikon
seit über 45 Jahren

Die staatlich bewilligte Privatschule

Fussball-Boss bleibt draussen

VERBIER Roman Abramowitsch, Besitzer des englischen Spitzenvereins Chelsea F.C., bemühte sich um eine Schweizer Aufenthaltsbewilligung. Die Migrations- und Sicherheitsbehörden des Bundes stellten sich aber gegen seinen Umzug nach Verbier. Das Bundesamt für Polizei stellte fest, Abramowitsch sei «wegen Verdachts auf Geldwäscherei und mutmasslichen Kontakten zu kriminellen Organisationen bekannt». Die Ermittlungen diesbezüglich sind eingestellt. Die Bundeskriminalpolizei (BKP) habe dennoch «Grund zur Annahme, dass das Vermögen des Gesuchstellers teilweise illegaler Herkunft ist». **zo SEITEN 18 UND 19**

«Sternen» lässt Steine aufstellen

BAUMA Bei einem Unfall vor dem Gasthof Sternen in Sternenberg am Sonntag wurde eine Frau schwer verletzt. Ein Lenker fuhr beim Parkieren frontal in die Gäste. Dabei wurde eine Frau mitgeschleift und gegen die Wand gedrückt, wie Wirtin Marianne Brühwiler schildert. Der Fahrer soll einen Aussetzer gehabt haben, wie Brühwiler berichtet. «Wir sind alle tief betroffen», sagt sie. Das Team des Restaurants Sternen hat bereits reagiert und schwere Steine zwischen Vorplatz und Strasse aufstellen lassen. **zo SEITE 9**



INSERATE

Rubriken	
■ Amtliche Anzeigen	16
■ Todesanzeigen	16
■ Veranstaltungen	10

Ja zur Zäsur – mit vielen Vorbehalten

USTER Die Kritik am Internet-Auftritt der Stadt war gross, nicht wenige Stimmen befürchteten eine Schwächung der «vierten Gewalt». Dennoch: Der Ustermer Gemeinderat sprach sich dafür aus, einen Grossteil der amtlichen Publikationen ins Internet zu verlagern.

Es war ein aussergewöhnlicher Vorgang: Nachdem mehrere Gemeinderäte im Rahmen der Debatte über das amtliche Publikationsorgan der Stadt Uster ihr Votum abgegeben hatten, wurde die Gemeinderatssitzung für fünf Minuten unterbrochen – damit die Parlamentarier über einen Antrag von Paul Stopper (BPU) beraten konnten.

Stopper hatte gefordert, dass künftig nicht nur die städtische Website das amtliche Publikationsorgan für Uster sein sollte, wie dies dem Stadtrat vorschwebte, sondern auch der «Anzeiger von Uster» (AvU). Ein Begehren, über welches Stoppers Ratskollegen offensichtlich erst nachdenken und diskutieren mussten, der Sitzungsunterbruch war mittels Ordnungsantrag gefordert worden. Offensichtlich waren die meisten Gemeinderäte von einem «Entweder-oder-Szenario» ausgegangen, Stoppers «Sowohl-als-auch» schien für sie keine Option.

Einsparungen und Verlierer

Dies galt erst recht für den Stadtrat, dessen Position klar war: Er will einen Grossteil der amtlichen Publikationen ins Internet verlagern. Lediglich für die Veröffentlichung von Todesanzeigen und in anderen Ausnahmefällen sollte noch auf den AvU zurückgegriffen werden. Die Exekutive erhofft sich so Einsparungen in der Höhe von 100'000 Franken, 2017 hatte die Stadt Uster gemäss eigenen Angaben 130'000 Franken für Anzeigen und amtliche Publikationen aufgewendet.

Auf die Kehrseite dieser Sparübung machte eingangs Gemeinderat Ivo Koller (BDP) im Namen der Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit (Kös) aufmerksam: Vor allem ältere

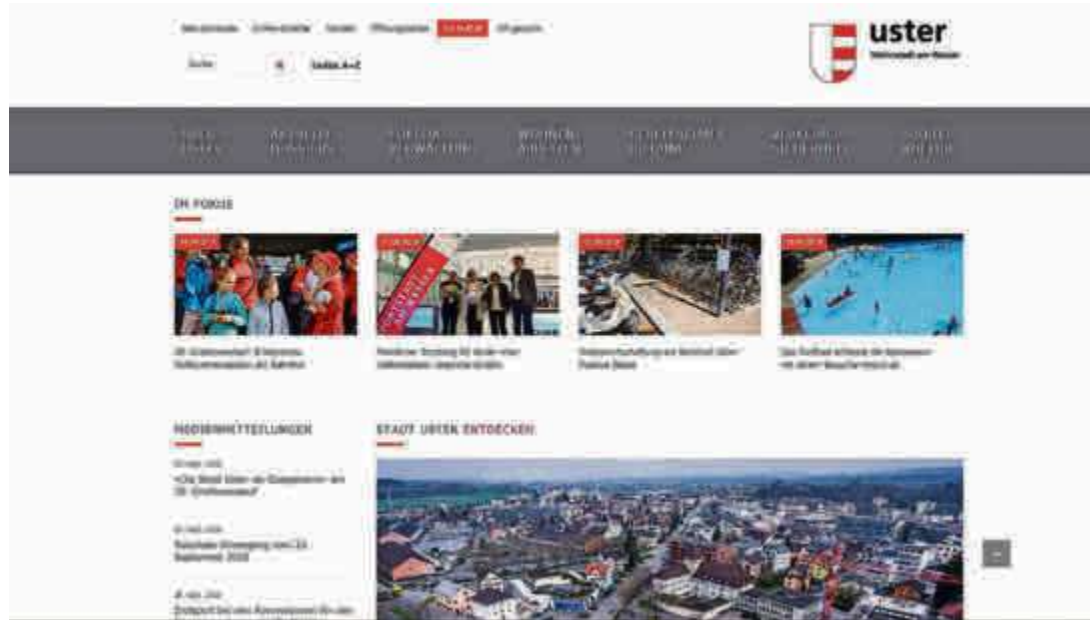
Ustermer dürften von der Verlagerung ins Internet nicht begeistert sein, sagte er. Und auch der Zürcher Oberland Medien AG (ZO Medien AG), die den AvU herausgibt, würden die Einnahmen für die Produktion unabhängiger und kritischer Berichte fehlen.

Die Kös hatte im Vorfeld der Ratsdebatte dem Antrag des Stadtrates trotz solcher Bedenken zugestimmt – auch weil die Exekutive trotz der klaren Stossrichtung eine Art Kompromiss vorgesehen habe, so Koller. Dieser umfasst neben der ausnahmsweisen Publikation bestimmter Mitteilungen im AvU offensichtlich auch der Wille des Stadtrates, dem AvU bestimmte Artikel gegen Bezahlung in Auftrag zu geben.

«Nein» der Grünen

Selbst Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP) schien allerdings klar zu sein, dass solche «Publi-reportagen aus Sicht der Stadt» nicht unbedingt den geläufigen Vorstellungen von kritischem und unabhängigem Journalismus entsprechen. Die Idee, sich mit dem AvU in Form von bezahltem Gefälligkeitsjournalismus solidarisch zu zeigen, sollte bei den Parlamentariern dann auch auf wenig Begeisterung stossen, wie sich im Laufe der Debatte zeigte.

In dieser hatten sich vor allem die Grünen gegen den Antrag des Stadtrates ausgesprochen. Dies nicht nur, weil sie durch den Abzug der amtlichen Publikationen und dem damit verbundenen Einnahmeverlust für die ZO Medien AG eine Schwächung der Zeitung befürchteten. Vor allem warfen sie dem Stadtrat vor, seine Hausaufgaben in Sachen Digitalisierung bislang sträflich vernachlässigt zu haben. «Bevor der Stadtrat damit beginnt, Leistun-



Uster digital: Ein Grossteil der amtlichen Publikationen werden ins Internet verlagert.

Screenshot: Uster.ch

gen abzubauen, soll er dafür sorgen, dass die Möglichkeiten des Internets auch tatsächlich genutzt werden und zu den amtlichen Publikationen sämtliche relevanten Dokumente aufgeschaltet werden», sagte der Grüne Patricio Frei namens seiner Fraktion. Aktuell sei dies auch im Zusammenhang mit wichtigen Geschäften nicht der Fall.

Kritik an der Website

Kritik am Internetauftritt der Stadt hatte vor Frei auch schon Daniel Pellegrini für die FDP-Fraktion geäussert. «Heute greifen 70 bis 80 Prozent der Benutzer über ein mobiles Gerät auf das Web zu, aber wehe dem, der auf die mobile Seite der Stadt Uster zugreift.» Auch nach zehn minütiger Suche habe er die amtlichen Publikationen nicht gefunden, so Pellegrini. Im Gegensatz zu den Grünen stellten sich die Freisinnigen aber hinter den Antrag des Stadtrates. Dasselbe taten die SP und die SVP-Fraktionen, aus deren Reihen keinerlei Kritik an den Plänen des Stadtrates geäussert wurde.

Paul Stopper hingegen feuerte in verschiedene Richtungen: Auch er kritisierte den Web-

tritt der Stadt. Und er sagte, dass er dem AvU gerne eine «reinenbrennen» würde – unter anderem deshalb, weil zahlreiche Leserbriefe von ihm nicht publiziert worden seien. Jedoch funktionierte die Publikation der Amtlichen in der Zeitung und die Zusammenarbeit mit dem AvU grundsätzlich gut. Der Strategie, fast gänzlich auf die elektronischen Medien zu setzen, konnte Stopper wenig abgewinnen. «Man sollte das eine tun und das andere nicht lassen», sagte er.

Nachdem die Gemeinderäte die Köpfe zusammengesteckt hatten, um über Stoppers Änderungsantrag zu beraten, wurde dieser mit 24 zu 6 Stimmen abgeschmettert. In der Schlussab-

stimmung waren die Verhältnisse dann ähnlich klar, 27 Gemeinderäte stimmten dem Antrag des Stadtrates zu, sechs votierten dagegen. Enthaltungen gab es bei der Mittelfraktion, die als einzige Fraktion keinen Vertreter im Stadtrat stellt und sich deshalb als eine Art Ustermer «Opposition» sieht.

Der «Kompromisslösung» des Stadtrates mitsamt bezahlten PR-Berichten konnte Ivo Koller in seinem Votum für die Fraktion wenig abgewinnen: Die «vierte Gewalt» würde auf diese Weise nicht gestärkt, im Gegenteil. «Gestärkt würden lediglich die Positionen des Stadtrates», so Koller.

Benjamin Rothschild

BESCHLÜSSE DES GEMEINDERATS

■ Mit 27 zu 6 Stimmen hat sich der Gemeinderat für die städtische Website www.uster.ch als amtliches Publikationsorgan der Stadt Uster ausgesprochen.

■ Einstimmig hat das Parlament den Abschluss von Leistungskontrakten mit dem Verein Freizeit- und Jugendarbeit Region Uster genehmigt.

■ Einstimmig hat der Gemeinderat eine Anpassung der Teuerung für die Jahre 2018 bis 2022 in der Verordnung über die Entschädigung der Behörden gutgeheissen.

■ Die Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Uster hat das Parlament mit 33 Ja Stimmen und ohne Gegenstimme bei zwei Enthaltungen aufgehoben. 20

Kopfschütteln wegen «Schweigeklausel»

USTER Mittels einer zu unterzeichnenden Spezialerklärung sollen Mitglieder der Ustermer Schulbehörde zur Wahrung des Amtsgeheimnisses verpflichtet werden. Politiker aus Uster äussern sich zu diesem Vorgehen kritisch.

Die neue Legislatur ist noch keine drei Monate alt, doch bereits findet sich die Ustermer Primarschulbehörde erneut im Zentrum einer politischen Debatte wieder. Der «Tages-Anzeiger» hatte jüngst publiziert, dass den neu gewählten Behördenmitgliedern zu Beginn der Amtsperiode eine «Amtsgeheimnis-Klausel» vorgelegt wurde. In dieser wird das Amtsgeheimnis in zusammengefasster Form erklärt, und es wird auf die rechtlichen und disziplinarischen Folgen einer Verletzung hingewiesen. Mit ihrer Unterschrift müssen die Behördenmitglieder bestätigen, dass sie die Ausführungen verstanden haben und dass sie das Amtsgeheimnis und die Schweigepflicht wahren.

Das Vorgehen stiess bei SVP-Kantonsrat Claudio Schmid auf Unverständnis. Schmid politisiert zwar in Bülach, wurde laut «Tages-Anzeiger» aber über die

Ustermer Praxis orientiert. Er richtete in der Folge eine Anfrage an den Regierungsrat und warf unter anderem die Frage auf, wie sich dieser zu solchen «Vereinbarungen» stellt.

Bereits ein «Flurschaden»?

Auch in Teilen der Ustermer Polit-Landschaft sorgt das Vorgehen für Unverständnis: Richard Sägesser, Ustermer FDP-Gemeinderat und Jurist, bezeichnet die Klausel zwar als «rechtlich wohl unbedenklich und wirkungslos». Er könne sich aber sehr gut vorstellen, «dass das nicht bei allen Behördenmitgliedern gut ankommt». Das Vertrauen innerhalb des Gremiums werde mit der Vereinbarung kaum gestärkt. Sägesser spricht gar von einem «Flurschaden bereits zu Beginn der neuen Legislatur».

«Ich sage nicht, dass man das Thema in einer solchen Behörde nicht diskutieren soll», sagt der freisinnige Parlamentarier. «Aber nicht unter Strafandrohung.» Ebenso müsse ihm zufolge über das Öffentlichkeitsprinzip diskutiert werden, das die Grundregel sei.

Angst vor dem «Maulkorb»

Ähnlich äussert sich SVP-Gemeinderat Markus Ehrensper-

ger. Er findet das Formular «überflüssig», da das Amtsgeheimnis ohnehin schon gesetzlich verankert sei. Auch Ehrensperger erwähnt das Öffentlichkeitsprinzip und äussert die Befürchtung, dass eine solche Klausel missbraucht werden könnte, um Behördenmitglieder einen «Maulkorb» aufzuerlegen. «Grundsätzlich ist alles öffentlich, die Geheimhaltung ist der Ausnahmefall. Mit dem Formular wird diese Sachlage umgekehrt.» Die Bevölkerung habe einen Informationsanspruch, und auch die Parteien wollen von «ihren» Vertretern in den Behörden informiert werden.

Ein Ustermer Sonderfall

Eine gewisse Brisanz wohnt der Thematik deshalb inne, weil Primarschulpräsidentin Patricia Bernet (SP) derzeit selbst wegen einer angeblichen Verletzung des Amtsgeheimnisses im Fadenkreuz steht. Weil sie einen als geheim deklarierten Bericht unbefugt an Dritte weitergegeben haben soll, wurde sie von ihren Stadtratskollegen angezeigt (wir berichteten).

Inwiefern ihre persönliche Situation etwas mit dem «Merkblatt Amtsgeheimnis» zu tun habe, könne sie nicht genau sagen, so Bernet. Ausschlaggebend



Sorgt erneut für Diskussionsstoff in der Ustermer Politszene: Primarschulpräsidentin Patricia Bernet.

Archivfoto: Seraina Boner

sei sie nicht gewesen, vielmehr sei es Bernet darum gegangen, die Behördenmitglieder auf die neue Legislatur hin gut in ihr Amt einzuführen und ein Bewusstsein für das Amts- und Sitzungsgeheimnis sowie auch das Kollegialitäts- und Öffentlichkeitsprinzip zu schaffen. Die Vereinbarung sei kein «Maulkorb». Denn innerhalb der Behörde gelte wie in anderen Gremien bei Beschlüssen das Kollegialitätsprinzip. «Es ist wichtig, dass gewisse Abläufe eingehalten werden», sagt Bernet. Für

ein Behördenmitglied, das die Vereinbarung nicht unterzeichnen wolle, gäbe es keine Konsequenzen. Die rechtlichen Bestimmungen gelten ohnehin.

Die Vereinbarung sei überdies ein Formular angelehnt, das es für sämtliche Mitarbeiter der Stadt Uster schon lange gibt. Auch die Sekundarschulpflege legt ihren Mitgliedern ein entsprechendes Formular vor. In der übrigen Ustermer Behördenlandschaft kennt man eine entsprechende Klausel nicht

Benjamin Rothschild

Endspurt für Nominationen

USTER Der Stadtrat verleiht zum zweiten Mal den Engagementpreis der Stadt Uster. Mit der Preissumme von 10'000 Franken wird ausserordentliches gesellschaftliches Engagement von Ustermer Firmen, Vereinen und Organisationen gewürdigt. Voraussetzung für eine Nomination ist, dass das Engagement hauptsächlich in der Stadt Uster erfolgte, einen positiven Effekt auf die Wahrnehmung der Stadt Uster hat oder hatte und in der Bevölkerung positiv wahrgenommen wird.

Nun läuft der Endspurt für die Nominationen: Noch bis morgen Mittwoch, 26. September, kann die Bevölkerung Vorschläge einreichen: Stadt Uster, Abteilung Finanzen, Postfach 1442, 8610 Uster oder per E-Mail an finanzen@uster.ch. Der Engagementpreis 2017 ging an den Ferienplausch Bezirk Uster. 20

Lesungen zu Zollingers Erbe

USTER Peter Schulthess inszeniert in diesem Herbst Heinrich Zollingers «fiktiven» Nachlass zu seinem 200. Geburtstag in der Buchhandlung Doppelpunkt in Uster. Die Büste im Botanischen Garten der Universität Zürich erinnert an den Kämpfer für eine freie Zürcher Volksschule. Zollinger war aber auch der erste schweizerische Tropenforscher und Vulkanologe. Vom 2. Oktober bis 11. November wechseln Bilder und Inszenierungen im Schaufenster und im Ladenlokal mehrfach. Am 6. Oktober um 15 Uhr gibt Peter Schulthess eine Einführung in die Inszenierung. Am 3. November um 17 Uhr kommt Heinrich Zollinger in einer szenischen Lesung selbst zu Wort. Peter Schulthess liest aus den Tagebüchern, Briefen und dem Nachlass. – Reservationen für die Lesung sind in der Buchhandlung Doppelpunkt und per E-Mail info@doppelpunkt-uster.ch möglich. Eintritt 20 Franken, Apéro inbegriffen. 20

In Kürze

EGG

Vollsperrung Forchstrasse

Die Forchstrasse bleibt infolge Belagsarbeiten im Zentrum von Egg zwischen der Kreuzung Rällikerstrasse bis altes Gemeindehaus von Mittwoch, 26. September, 5 Uhr bis Montag, 1. Oktober, 5 Uhr, für jeglichen Verkehr gesperrt. Für die Anwohner und Kunden stehen in dieser Zeit die Parkplätze in den Tiefgaragen Chilbiplatz und Dorfplatz zur Verfügung. Durch diese Sperrung kann die Bauzeit massiv verkürzt werden, teilt der Gemeinderat mit. 20

USTER

Musikalische Donaureise im «Hut»

Am Samstag, 29. September, um 20.30 Uhr treten Sänger Igor Morosow, Sergey Mushtakoff (Balalaika) und Angelika-Ditha Morosowa (Lesung) im Restaurant und Weinbar Zum Hut in Uster auf. Die Künstler folgen der Donau musikalisch und literarisch von der Quelle bis zum Schwarzen Meer. Weitere Informationen zum Anlass unter www.zum-hut.ch. 20